

# HAMBURGER

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg • Nr. 12 • Sommer 2011

# UTSICHTEN

**HAMBURG:**

## NEUE REGIERUNG – ALTE POLITIK

„Ob CDU oder SPD, ob Ahlhaus oder Scholz: Der Senat macht die Reichen reicher und die Armen ärmer“, so haben wir vor der Bürgerschaftswahl in unserer Zeitung geschrieben. Und so wird es kommen.

Die CDU hatte es zu arg getrieben. Milliardenbeträge wurden für die HSH-Nordbank und Prestigeprojekte wie die Elbphilharmonie verpulvert, Gelder für Bücherhallen, Bäder, soziale und kulturelle Einrichtungen drastisch gekürzt. Die Elternbeiträge in den KiTas wurden erhöht, Studiengebühren eingeführt. Die wirklich Mächtigen, die Besitzer von Betrieben und großen Vermögen, mussten befürchten, dass die Menschen in der Stadt aufmucken würden. Nun soll die SPD das Vertrauen dieser Bürger in „die Politik“ zurückgewinnen. Das Wahlergebnis scheint ihnen Recht zu geben. Diejenigen Wähler, die überhaupt noch zur Wahl gegangen sind, haben der SPD zu einer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft verholfen.

Woher kommt diese Hoffnung? Solange sie an der Regierung war, hat die SPD dieselbe Politik im Interesse der Kapitalisten und Superreichen gemacht – in Hamburg wie in Berlin. Ein Unternehmen mit Riesengewinnen wie Airbus bekam für seine Betriebserweiterung 665 Mio. Euro auf Kosten der Stadt. SPD-Senate haben die Mehrheit an den HEW und Hein Gas an Vattenfall und E.ON Hanse verkauft. Die milliardenschweren Steuergeschenke an die Reichen und die Hartz-Gesetze für die Armen sind eine Erfindung der Regierung von Rot-Grün unter Schröder und Fischer.

Diese Politik wird auch der Senat unter Olaf Scholz fortsetzen. Scholz kämpfte die Hartz-Gesetze durch und verteilte als Arbeitsminister Milliarden an Unternehmen,

damit sie ihre Beschäftigten mit Lohnverlust in Kurzarbeit schickten. Jetzt hat er Frank Horch zum Wirtschaftssenator gemacht, den bisherigen Präses der Handelskammer. So groß war der Einfluss des großen Kapitals auf die Hamburger Politik noch nie. Der Bürgermeister hat Hamburg eine rosige Zukunft versprochen. Seine Regierung wird alles zum Besten richten. Straßen, Busse und Bahnen, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Kultur und öffentliches Leben, alles wird Spitze. Aber: Achtung! Nicht das Kleingedruckte übersehen: ... wenn das Geld dafür da ist.

Die Kürzungen werden weitergehen und mit den geerbten Schulden aus der Zeit der CDU-Regierungen begründet werden. Dabei könnte der neue Senat auch mal von denen Geld zurückholen, die es haben. „In Hamburg leben die meisten Millionäre“. Na und? Sollen die doch mal etwas abgeben. Nach der Milliarden-Rettung der HSH-Nordbank zahlt diese inzwischen wieder „Erfolgsprämien“ in Millionenhöhe an ihre Mitarbeiter. Sollen die Banken doch erst mal die Gelder zurückzahlen, die ihnen aus Steuern zugeflossen sind. Das hat man vom neuen Bürgermeister noch nicht gehört. Und darauf wird man auch vergeblich warten.

Veränderungen werden nur durch direkte Aktionen, durch den Druck, den die Betroffenen auf die Regierenden ausüben, herbeigeführt. Im Kampf um die eigenen Interessen wird sich zeigen, wie weit im Rahmen des kapitalistischen Systems Verbesserungen der Lebensbedingungen durchgesetzt werden können. Wir Kommunisten wissen, dass es keine Zugeständnisse mehr geben wird, wenn die Kapitalisten sich nicht in ihren Interessen existentiell bedroht fühlen. Aber auch dann muss der

Kampf weitergehen. Dann muss ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem her. Wir Kommunisten nennen das „Sozialismus“.

## INHALT:

NEUE REGIERUNG . . . . .	SEITE 1
WILHELMSBURG . . . . .	SEITE 2
INTERVIEW O. HARMS . . . . .	SEITE 2
UHLENHORST . . . . .	SEITE 3
GAGFAH . . . . .	SEITE 3
LEIHARBEIT . . . . .	SEITE 4
KURZ NOTIERT . . . . .	SEITE 4
IMPRESSUM . . . . .	SEITE 4

## Wer ist die DKP?

Die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) versteht sich als revolutionäre Partei, die die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land - vor allem der Arbeiterklasse, und der anderen Werktätigen, der Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger - gegen die Macht und das Profitstreben des Großkapitals zur Geltung bringt. Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus. Für dieses Ziel die Mehrheit zu gewinnen - darum geht es der DKP.

Mehr Infos unter [www.dkp-hamburg.de](http://www.dkp-hamburg.de) oder telefonisch unter (040) 4804900 werktags ab 16 Uhr im Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72, Eimsbüttel  
V.i.S.d.P.: Olaf Harms

**Hamburg**   
**DKP**

**Wilhelmsburg:**

## INSEL IM/UNTER STROM

### Wohnsituation immer dramatischer!

Wilhelmsburg verändert sich. Das ist für jeden sichtbar, der auf die Elbinsel kommt. Gerodete Flächen, Straßensperrungen und Baustellen prägen das Bild. Die IBA (Internationale Bauausstellung) und die igs (Internationale Gartenschau) haben sich Wilhelmsburgs bemächtigt. In unzähligen Hochglanzbroschüren wird versucht, das Image Wilhelmsburgs aufzupolieren. Der „Sprung über die Elbe“ soll den Stadtteil interessant machen – für Investoren und zahlungskräftige Menschen von den anderen Elbufern.

Für die Einwohner Wilhelmsburgs bedeuten IBA/igs zunächst: ständiger Baulärm, drastische Verkehrsbehinderungen und Fällung Tausender Bäume. Vielleicht könnte man das alles als notwendig und vorübergehend akzeptieren, wenn denn die Versprechungen nach Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation sich erfüllen



würden. Doch viele Menschen spüren: IBA/igs haben nicht die Bedürfnisse der Menschen in Wilhelmsburg im Sinn. Dafür gibt es viele Beispiele:

Auf ehemaligen Grünflächen werden noble und schicke Eigentumswohnungen und – heime gebaut, die sich die Wilhelmsburger Arbeiter, Angestellten und Arbeitslose niemals leisten können. Auf der anderen Seite ist der soziale Wohnungsbau fast vollständig zum Erliegen gekommen – und zwischen 2006 und 2009 fielen in Wilhelmsburg sogar 15% aller Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung raus.

Die Sanierungen und Umstrukturierungen im Wohnungsbestand führen zu einer Ver-

treibung der ehemaligen Mieter. Im „Weltquartier“ haben steigende Quadratmeterpreise und die Erhöhung der Wohnfläche vieler Wohnungen zur Folge, dass 80% der ehemaligen Mieter nicht in ihre alten Wohnungen zurück kommen werden. Sie machen Platz für zahlungskräftigere neue Mieter.

Andererseits sind Hunderte Wohnungen in weniger „interessanten“ Teilen der Elbinsel dem Schimmel und dem Verfall preisgegeben – zum Teil bei dennoch steigenden Mieten – wie im Fall der GAGFAH-Wohnungen im Korallusviertel.

So geraten die Menschen in Wilhelmsburg immer mehr in die Zange: Die „Aufwertung“ des Stadtteils hat in den letzten Jahren durchschnittliche Mietsteigerungen um 21% (!) gebracht. Auf der anderen Seite stehen die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, die Einsparungen und Schikanen bei „Hartz IV“, allgemeine Preissteigerungen und realer Lohnverlust für die Menschen mit Job.

Wilhelmsburg verändert sich – ja, aber vorbei an den Bedürfnissen seiner Bewohner.

## INTERVIEW MIT OLAF HARMS (DKP)



Sie sind als Mitglied der DKP auf der Liste der Linkspartei in die Bezirksversamm-

lung HH-Mitte gewählt worden und vertreten die Partei im Regionalausschuss Wilhelmsburg. Was haben Sie sich vorgenommen?

**Harms:** Die Fraktion der Linkspartei muss das Sprachrohr der Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen werden. Und umgekehrt: Wir müssen dafür sorgen, dass man Draußen sieht, was Drinnen (in Parlament und Ausschüssen) passiert.

Die Menschen in Wilhelmsburg haben vielfältige soziale und wirtschaftliche Probleme. Es geht darum, die Interessen der Menschen nach intakten Wohnungen, bezahlbaren Mieten, vernünftiger Infrastruktur und Erholungsmöglichkeiten, nach Arbeit und sozialer Absicherung in der Bezirksversammlung laut zur Sprache zu bringen. Andere werden das nicht tun.

Was muss denn passieren, damit sich die Lebens- und Wohnsituation in Wilhelmsburg wirklich verbessert?

**Harms:** Offen gesagt: Dafür werden wir in der Bezirksversammlung alleine wenig tun können. Es reicht nicht aus, darauf zu setzen, dass irgendeiner deine Interessen schon in den Parlamenten vertreten wird. Eine linke oder auch eine kommunistische Fraktion kann nur dann wirksam sein, wenn die Menschen sich organisieren, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und im Kleinen beginnen, Widerstand gegen eine Politik der Verarmung weiter Bevölkerungsteile zu entwickeln. Die Zustände in Wilhelmsburg, aber generell in diesem Land schreien zum Himmel: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Es ist Zeit, sich zu wehren.

Und das hilft?

**Harms:** Das ist der einzige Weg. Letztlich aber – davon bin ich überzeugt – muss es einen Bruch mit diesem profitorientierten System geben. Wir brauchen ein System, in dem die Menschen und nicht die Profite zählen. Wir nennen dieses System „Sozialismus“.

**Uhlenhorst:**

## KAHLSCHLAG FÜR STADTPALÄSTE

Insgesamt 600 Bäume sollen im Stadtteil Uhlenhorst weichen, um Platz für neue Luxusvillen zu schaffen. So sehen es die Bebauungspläne für ein verwaistes Gelände an der Finkenau vor. Für rund 300 der Bäume kommt schon jetzt jede Rettung zu spät – das Bezirksamt Hamburg-Nord hat sie bereits im Februar fällen lassen. Die andere Hälfte soll im kommenden Herbst abgeholzt werden. Die Proteste einer Anwohnerinitiative gegen das Vorhaben blieben bislang erfolglos. Jetzt gibt es Überlegungen, ein Bürgerbegehren zu starten - für mehr Sozialwohnungen und einen behutsamen Umgang mit der Natur.

Doch es geht nicht nur um Bäume. An der Finkenau sollen »in bevorzugter zentraler Lage etwa 540 neue hochwertige Stadtvillen und Geschosswohnungen« entstehen, heißt es in einer Mitteilung der Finanzbehörde. Der Bezirk Hamburg-Nord reißt auch die bestehenden Gebäude ab. Erst wenn das Areal nahezu vollständig planiert ist, wird es verkauft. Das soll voraussichtlich im Sommer 2013 geschehen, so die Finanzbehörde weiter. Die öffentliche Hand trägt die Abrisskosten. Das Gelände soll im Höchstgebotsverfahren verkauft werden. Der zahlungskräftigste Investor erhält den Zuschlag.

Bei einer Bürgerversammlung vor dem Finkenau-Grundstück wurden mehrfach Stimmen laut, die sich über den Zweck des Kahlschlags empörten. 540 Stadtvillen – das entspricht ungefähr der Anzahl von Sozialwohnungen, die CDU und Grüne pro

Jahr gebaut hatten. Viel mehr preisgebundener Wohnraum sei aber nötig, beklagte eine Anwohnerin. Die Hälfte aller Hamburger hat wegen ihrer geringen Verdienste einen Anspruch darauf. Die SPD will mit ihrer neuen absoluten Mehrheit jährlich 6000 neue Wohnungen in der Hafenmetropole bauen. 2000 davon sollen Sozialwohnungen sein. Viel zu wenig meinen die Mietervereine. Nach ihren Berechnungen braucht Hamburg jährlich allein 6000 neue Unterkünfte mit Mietpreisbindung, um der Wohnungsnot Herr zu werden. Denn tausende Wohnungen fallen jedes Jahr aus dieser Bindung heraus.

**Wir fordern:**

- **Einen pfleglichen Umgang mit der Natur!**
- **Sozialer Wohnungsbau statt Stadtvillen!**
- **Wohnen ist ein Menschenrecht - und das darf nicht den Marktgesetzen unterworfen werden.**

**GAGFAH:**

## DIE HEUSCHRECKE HAT DIE ERNTE AUFGEZEHRT



Die Wohnungen des Wohnungsbauunternehmens GAGFAH sind in einem miserablen Zustand, seit der US-Finanzinvestor Fortress im Jahr 2004 die Bestände der damaligen Bundesversicherungsanstalt für Angestellte aufgekauft hat. Nach Medienberichten haben die Eigentümer seither bewusst auf Instandhaltungen verzichtet, um eine höhere Gewinnspanne zu erzielen. Im März begehrten die GAGFAH-Mieter in Hamburg wegen Schimmel und Bauфälligkeit auf. Sie demonstrierten vor der regionalen Geschäftsstelle der Fortress-Tochter in Wandsbek. Die Mietervereine unterstützten sie dabei. Bislang hatten sie ihren Mitgliedern empfohlen, die Zahlungen zu mindern. Weil die GAGFAH trotzdem nichts gegen die Schäden unternommen hat, beschreiten Mieter-

vereine jetzt für 130 Mitglieder den Klageweg. In einigen Fällen haben auch die Bezirksämter Reparaturen angemahnt und durchgesetzt. Von sich aus werden die Behörden aber nicht aktiv. Laut Hamburger Abendblatt gibt es für 700.000 Mietwohnungen in der Hansestadt nur zwölf Mitarbeiter. Diese sind zudem auf verschiedene Stadtbezirke verteilt.

Eine der häufigsten Mängelanzeigen, die Mieter bei der GAGFAH geltend machen, ist Schimmelbefall. Das Unternehmen reagiert darauf lediglich, indem es Broschüren mit Tipps zum besseren Lüften verschickt. Damit unterstellt es, die Schäden würden durch die Bewohner verursacht. Verschimmelte Außenwände in ganzen Wohnblocks deuteten aber auf Baumängel hin, sagen

Vertreter der Mietervereine. Mit speziellen Messverfahren lasse sich das belegen. Undichte Fenster, bröckelnde Fassaden, Wassereinbrüche: Die Beschwerden nehmen zu. Die dringend benötigten Ersatzinvestitionen bleiben dennoch aus. Seit der Übernahme der GAGFAH vor sieben Jahren hat Fortress kaum noch Geld in die Immobilien gesteckt. Statt der üblichen zwölf bis 15 Euro Reparaturausgaben pro Quadratmeter und Jahr bringt das Unternehmen nur rund sechs Euro auf. Das Beispiel der GAGFAH zeigt, welche Folgen Privatisierung öffentlicher Wohnungen haben: Sie werden solange mit Gewinn heruntergewirtschaftet, bis die Städte ihr ehemaliges Eigentum schlussendlich selbst wieder erwerben und instand setzen müssen. Doch diese Profitstrategie der GAGFAH auf Kosten der öffentlichen Haushalte darf nicht aufgehen.



**LEIHARBEIT VERBIETEN-****KOLLEGEN FEST EINSTELLEN!**

Kürzlich verkündete Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt unverhohlen, dass vor allem große Unternehmen die Forderung der Gewerkschaften nach einer gesetzlichen Regelung von gleichem Lohn für Leiharbeit unterlaufen würden. IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber reagierte darauf in der Süd-

deutschen Zeitung am 11. Februar mit „Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber“. Huber sagte, Hundt habe so die Übereinkunft der vergangenen Jahre aufgekündigt. Man habe den Unternehmern mit der Leiharbeit die geforderte Flexibilität für kurzfristige Auslastungsschwankungen zugestanden; jetzt jedoch zeige sich, dass sie im Grunde einfach nur Löhne senken und Profite erhöhen wollen: „Das ist eine Täuschung der Menschen und der Politik.“ Kollege Huber, was hast Du denn von Kapitalisten erwartet? Wer ihnen den kleinen Finger reicht, dem wird die ganze Hand abgerissen. Außerdem ist Leiharbeit nicht nur wegen der Hungerlöhne von Übel. Übel ist auch, dass durch Leiharbeit der Kündigungsschutz ausgehebelt wird. Hunderttausende von Leiharbeitern konnten so in der Krise von einem Tag auf den andern gefeuert werden. Inzwischen gibt es in vielen Konzernen Vor-

gaben, dass das Personal so zusammengesetzt sein muss, dass man innerhalb eines Monats 25% der Personalkosten abbauen kann. Und das bedeutet vor allem Leiharbeit.

Leiharbeiter wegen ihres unsicheren Arbeitsverhältnisses kaum streiken können. In den Tarifrunden und in jedem betrieblichen Konflikt schwächt diese Spaltung die Belegschaften und die Gewerkschaften insgesamt.

„Equal Pay“ = Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist gut – aber reicht nicht. In Frankreich erhalten die Leiharbeiter wegen der schlechteren Arbeitsbedingungen übrigens sogar 15% mehr als die Festangestellten. Viel besser aber: Leiharbeit muss verboten werden. Alle Kollegen müssen für gleiche Arbeit das gleiche Geld kriegen und alle müssen den gleichen Kündigungsschutz haben. Das sollte wieder zu unserer Forderung werden.

• kurz und bündig • kurz und bündig • kurz und bündig • kurz und bündig • kurz und bündig •

**Das Jobwunder**

Die IG Metall hat eine Erhebung unter Betriebsräten zum so genannten Jobwunder durchgeführt. Danach wurden von 100 neu zu besetzenden Stellen 43 durch Leiharbeiter besetzt und 42 durch befristete Neueinstellungen. Einen unbefristeten Vertrag erhielten ganze 15 KollegInnen.

**Reallöhne gesunken**

Die Entwicklung der Reallöhne in Deutschland hinkt im weltweiten Vergleich deutlich hinterher. Zwischen 2000 und 2009 gingen die Löhne preisbereinigt hierzulande um 4,5 Prozent zurück. Dies geht aus dem „Global Wage Report 2010/2011“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor. Nominal stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste hierzulande zwischen 2000 und 2009 zwar um 10,2 Prozent. Die Verbraucherpreise erhöhten sich aber im gleichen Zeitraum um 15,4 Prozent, so dass den Arbeitnehmern unter dem Strich „nur ein Minus bleibt“.

**Friedrich Engels über das Lohnsystem**

Die „Erniedrigung (der Arbeiterklasse) liegt die Tatsache zu Grunde, dass die Arbeiterklasse, statt für ihre Arbeit das volle Arbeitsprodukt zu erhalten, sich mit einem Teil ihres eigenen Produktes begnügen muss, den man den Lohn nennt. Der Kapitalist eignet sich das ganze Produkt an (und bezahlt daraus den Arbeiter), weil er der Eigentümer der Arbeitsmittel ist. Und darum gibt es keine wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse, solange sie nicht Eigentümerin aller Produktionsmittel geworden ist - des Grund und Bodens, der Rohstoffe der Maschinen etc. - und damit auch Eigentümerin des vollen Produkts ihrer Arbeit.“ (Das Lohnsystem, Marx-Engels-Werke, Bd. 19, S. 251-253)

**2 Arten von Lohnerhöhungen**

„Angesichts der glänzenden Gewinne hat VW-Chef Winterkorn 2010 ein Gehalt von 9,33 Millionen Euro kassiert. Damit hängt er Daimler-Chef Dieter Zetsche deutlich ab, der mit 8,7 Millionen Euro nach Hause ging. Insgesamt zahlte VW seinen acht Vorständen 36,7 Millionen Euro und damit doppelt so viel wie 2009.“ (SZ, 11.3.11). Das entspricht großzügig gerechnet der vereinbarten Lohnerhöhung von 3,2% für rd. Hunderttausend VW-Kollegen für gut zwei Monate.

**IMPRESSUM:****Herausgeber:**

Deutsche Kommunistische Partei,  
Bezirksvorstand Hamburg  
Lindenallee 72,  
20259 Hamburg  
Telefon (040) 480 49 00  
www.dkp-hamburg.de

**V.i.s.d.P.:** Olaf Harms, Lindenallee 72,  
20259 Hamburg